



## Ein sicherer Hafen

Das Unvorstellbare ist vor wenigen Wochen geschehen: Putins Truppen griffen die Ukraine an. Krieg - mitten in Europa. Seitdem erreichen uns täglich neue schreckliche Bilder und Nachrichten. Zerbombte Städte, unvorstellbares Leid der Bevölkerung und die wahrscheinlich größte Fluchtbewegung seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Für uns ist klar: Die Anerkennung der »Volksrepubliken« und der Krieg russischer Truppen sind völkerrechtswidrig und durch nichts zu rechtfertigen. Putin muss seine Truppen zurückziehen und diesen Krieg sofort stoppen.

Uns alle eint der Wunsch nach Frieden. Millionen Menschen haben sich in den letzten Wochen an den vielen Friedensdemonstrationen weltweit beteiligt. Krieg darf nie mehr Mittel der Politik sein. Deshalb lehnen wir eine Aufrüstungsspirale entschieden ab. Wir brauchen eine aktive Friedenspolitik und wirtschaftliche Sanktionen, die die Machtbasis von Putin treffen.

Unsere Gedanken sind in diesen schweren Zeiten bei den Menschen in der Ukraine und allen, die jetzt vor diesem Horror fliehen. Humanitäre Hilfe und Solidarität

sind das Gebot der Stunde. Und: Unsere Stadt steht zusammen und hilft. Jeden Tag kommen tausende Geflüchtete in Berlin an. Unzählige Ehrenamtliche packen mit an, sammeln und verteilen Spenden, lotsen durch Unterkünfte, übersetzen Sprachen und vieles mehr. Unsere Sozialsenatorin Katja Kipping und ihr Team, die Beschäftigten in den Bezirken und der Hauptverwaltung, die Hilfsorganisationen sind seit Wochen im Dauereinsatz, um Unterkünfte zu organisieren und den Geflüchteten ein herzliches Willkommen zu bereiten. Ich bin tief beeindruckt von der breiten zivilgesellschaftlichen Anteilnahme und der gelebten, praktischen Solidarität. Wir stehen vor einer riesigen Herausforderung, wir wissen noch nicht, was die nächsten Wochen bringen werden. Aber wir werden mit aller Kraft weiter daran arbeiten, damit Berlin ein sicherer Hafen für die Geflüchteten wird, die hier Schutz und Aufnahme brauchen.

Katja Schubert  
Landesvorsitzende  
DIE LINKE. Berlin



### > Einmütig und solidarisch

Erst Einmütigkeit beim Haushalt und dann viel Solidarität angesichts des Kriegs in der Ukraine. Trotzdem gab es in der BVV Kontroversen.

[Weiter auf Seiten 2 und 3](#)

### > 5.000 sind zu viel

Das findet die Linksfraktion und legt eigene sozialökologische Pläne zur Entwicklung der Elisabeth-Aue vor, die im Widerspruch zu Senators Geisels geplanten 5.000 Wohnungen stehen.

[Weiter auf Seite 5](#)

### > Jahnstadion vor dem Abriss?

Ende Februar überraschte uns die Meldung, das Jahnstadion solle abgerissen werden. Das verkündeten Senatsport- und Senatsstadtentwicklungsverwaltung. Dagegen rührt sich Widerstand.

[Weiter auf Seite 6](#)

➤ **Lieferdienste kontrollieren**

Online-Lieferdienste sind Profiteure der Pandemie. Zugleich beruht ihr Siegeszug auf einem Geschäftsmodell, das auf prekäre Arbeitsbedingungen setzt.

Nachdem die Linksfraktion Pankow sich bereits dafür eingesetzt hat, dass die Lieferdienste nicht einfach den öffentlichen Straßenraum für ihre Geschäftstätigkeit kapern dürfen, fordert ein weiterer An-



trag das Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit (LaGetSi) auf, die Einhaltung der arbeitsschutzrechtlichen Bestimmungen zu kontrollieren. Hier geht es uns insbesondere darum, die Beschäftigten vor unzulässigen Belastungen zu schützen und ihre Arbeitnehmer\*innen-Rechte zu stärken. Die CDU-Fraktion täuschte wie üblich weltfremde Naivität vor und setzt in neoliberaler Manier auf das Prinzip der Selbstverpflichtung („Arbeitsschutz liegt im Interesse des Arbeitgebers“). Aus der Grünen-Fraktion kamen sachdienliche Hinweise, mit denen sich nun der Ausschuss für Wirtschaftsförderung beschäftigen wird, wohin der Antrag überwiesen wurde.

➤ **Schulen aus Holz**

Linksfraktion und SPD-Fraktionen haben mit einem Antrag das Bezirksamt ersucht, zukünftige Schulneubauten möglichst in Holzbauweise zu errichten. Der Antrag wurde in die Ausschüsse für Finanzen und Immobilien sowie Schule und Sport überwiesen.

**Einladung BVV-Sitzung**

am 4. Mai 2022

➤ **6. Tagung der BVV Pankow**

17:30 Uhr, diesmal im BVV-Saal,  
Fröbelstraße 17 (S Prenzlauer Allee)

**Seltene Einmütigkeit**

**Aus der Sondersitzung der BVV**

Am 16. März hat die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow mit den Stimmen der Mitglieder aller demokratischen Fraktionen und gegen die Stimmen der (in den Haushaltsberatungen wieder einmal komplett untätigen) AfD den Haushalts-

Musikschule, für die Ausstattung von Grundschulen, für Spielplätze und Gehwegsanierungen erhöht. Zudem soll mit einem digitalen Projekt die Information und Beteiligung von Bürger\*innen gestärkt werden.



Erfolgsprojekt: Musikschule Béla Bartók am Schloßpark in Pankow

plan für die Jahre 2022/23 beschlossen. Auch unsere Ältesten konnten sich nicht an eine größere Mehrheit für einen Bezirkshaushalt erinnern. Aber auch abgesehen davon ist der Beschluss eine Nachricht wert.

Pankow musste mit den Vorgaben eines Einsparhaushaltes in die Haushaltsberatungen gehen. Das meint: Die Bezirke erhalten für ihre Aufgaben vom Land Berlin Mittel, die sie in ihren Bezirkshaushaltsplänen abbilden sollen. Diese Mittel waren und sind zu gering. Bezirksbürgermeister Sören Benn (DIE LINKE) nennt das einen komplett „ausgetrockneten“ Etat. Obwohl der Bezirksetat einen Umfang von etwa einer Milliarde Euro hat, waren die Spielräume für Schwerpunktsetzungen daher gering. Die demokratischen Fraktionen haben sich trotzdem auf Ausgabenerhöhungen verständigt, die vor allem Kindern und Jugendlichen sowie mobilitätseingeschränkten Menschen zugutekommen sollen. So werden die Ausgaben für die

Außerdem gehört zum Haushaltsbeschluss eine Botschaft, die immer wieder gesagt werden muss: Pankow hält an der Tradition eines starken Sektors von freiwilligen kulturellen und sozialen Angeboten fest. Der Medienetat der Bibliotheken wird stabilisiert, für Kunst und Kultur in der neueröffneten Prater-Galerie stehen Mittel zur Verfügung.

Und so wurde aus diesem Einsparhaushalt auch noch etwas anderes, nämlich ein gemeinsames Projekt von Demokratinnen und Demokraten zum Wohle Pankows.

Obgleich unter Federführung von LINKE und SPD dieser Beschluss in der BVV erreicht wurde, muss beim nächsten Haushalt endlich das zur Verfügung stehen, was gebraucht wird, damit Pankow funktioniert.

Matthias Zarbock  
Co-Vorsitzender der  
Linksfraktion



## Solidarisch

### Aus der 5. Tagung der BVV

Vor den Fenstern unseres Büros stehen Menschen, die aus der Ukraine flüchten mussten, geduldig in langen Schlangen an, um Hilfeleistungen zu beantragen. Auch die 5. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) befasste sich

BVV Pankow hatte jedoch bereits mehrfach beschlossen, dass dort eine der vielen, dringend benötigten Schulen entstehen soll. Auf Antrag der Linksfraktion, dem sich SPD und Grüne angeschlossen haben, wird das Bezirksamt nun aufge-



Anlaufpunkt für Flüchtlinge aus der Ukraine: Das Bürgeramt in der Fröbelstraße

intensiv mit den Folgen des verbrecherischen Kriegs Putins gegen die Ukraine. So fand auf Antrag der CDU-Fraktion eine Aktuelle Stunde statt, in der das Bezirksamt ausführlich berichtete, wie den in Pankow angekommenen Geflüchteten geholfen wird. Anschließend beschloss die BVV einstimmig eine Resolution. Darin bekennt sie sich solidarisch mit den Opfern des Krieges Putins gegen die Ukraine und weist besonders auf die Fälle von Entführungen ukrainischer Kommunalpolitiker\*innen hin.

Die Kommunalpolitik widmete sich aber auch ihren alltäglichen Pflichten, neuen und altbekannten Themen. Zu letzteren gehörten der Jahnsporthaus (siehe Beitrag Seite 6) und das Gelände des Kinderkrankenhauses Weißensee. Das Gelände des Kinderkrankenhauses ist nach Jahrzehnten des Leerstands und des Verfalls wieder in der Hand des Bezirkes. Der Senat erwäge, so der Bericht des Bezirksamts, das Gelände wieder zu veräußern. Die

fordert, den Schulneubau im Rahmen der Berliner Schulbauoffensive voranzutreiben

Zu den Gepflogenheiten der BVV gehört zudem der Bericht aus dem Bezirksamt. Dort wurde berichtet, dass der Dreiecksplatz zwischen Krüger-, Kugler- und Dunckerstraße am 10. März feierlich nach Gertrud Pincus benannt wurde. Auf Initiative der AG Spurensuche des Frauenbeirates wird damit eine herausragende Persönlichkeit Pankows geehrt. Gertrud Pincus arbeitete in den 1920er Jahren im Jugendamt Prenzlauer Berg, organisierte Angebote von Krippen und Kindergärten und setzte sich besonders für die musikalische Früherziehung ein. Als Jüdin wurde sie aus dem Amt entlassen und nach einer Deportation nach Riga am 30. November 1941 ermordet.

Matthias Zarbock  
Co-Vorsitzender der  
Linksfraktion



### > CDU will Thälmann einschmelzen

Unter Hinweis auf den Krieg Putins gegen die Ukraine forderte die Pankower CDU in der letzten Tagung der BVV mal wieder, das Thälmann-Denkmal abzubauen. Wir lehnen das mit guten Gründen ab. Vor allem aber sind wir betroffen, dass sich die CDU tatsächlich das Leid und die Opfer des Krieges zu Nutze machen will, um



ihr „ewiges“ Ziel zu erreichen. Der Antrag wurde aus Zeitgründen auf die nächste Tagung am 4. Mai vertagt - wir berichten, wie es weitergeht beim nächsten Mal.

### > Vorkauf gegen Geisterhaus

Nach dem Baugesetzbuch kann eine Kommune unter bestimmten Voraussetzungen ein Vorkaufsrecht ausüben, zum Beispiel bei leerstehenden Häusern - den sogenannten Geisterhäusern. Mit zwei Anträgen der SPD-Fraktion, die von der Linksfraktion mitgezeichnet wurden, haben wir das Bezirksamt aufgefordert, die Voraussetzungen hierfür zu schaffen. Die beiden Anträge wurden in den Stadtentwicklungsausschuss überwiesen. Dazu erklärte Fred Bordfeld, Ausschussvorsitzender: „Jede Kommune muss alle Möglichkeiten der Einflussnahme auf die soziale Stadtentwicklung prüfen. Neuerungen beim Vorkaufsrecht geben uns die Möglichkeit, bei Geisterhäusern und unternutzten Flächen aktiver zu werden.“

# Buch hilft

## Flüchtlingsunterkunft wiedereröffnet

Ende Februar begann Putin den völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Ukraine. Seitdem werden täglich Bomben auf Städ-

kamen in der ersten Wochen nach Berlin. Heute sind es weniger, weil die Verteilung zwischen den Bundesländern besser



Das ehemalige Refugium in Buch: Sicherer Hafen für Geflüchtete

te und zivile Ziele abgeworfen, die grausamen Bilder sehen wir alle in den Medien. Nach Angaben des UN-Flüchtlingskommissariats sind etwa 3,5 Millionen Menschen auf der Flucht aus der Ukraine. Etwa 10.000 Kriegsflüchtlinge täglich

klappt. Alle Flüchtlinge werden versorgt und untergebracht. Die Ehrenamtlichen an Bahnhöfen und in den Bezirken leisten hier Enormes. Die Mitarbeitenden in Behörden und Verbänden arbeiten bis zum Anschlag. Dafür sind wir dankbar.

Manche Kriegsflüchtlinge reisen weiter, viele bleiben. Sie werden von Berliner\*innen in ihren Wohnungen aufgenommen, aber auch das Land Berlin bringt zusätzlich bis zu 1.000 Menschen täglich unter. Diese Herausforderung kann nur gestemmt werden, weil schon freigezogene Flüchtlingsunterkünfte wieder belegt und Hostels angemietet werden. Auch die ehemalige Unterkunft „Refugium Buch“ mit rund 400 Plätzen wurde ab Mitte März wieder belegt. Dort leben vor allem Frauen mit Kindern aus der Ukraine. Hier erfahren sie viel Solidarität durch die Unterstützer\*innen aus Berlin-Buch und Karow.

Auch wenn viele Kriegsflüchtlinge schnell in ihr Heimatland zurückwollen, müssen wir uns darauf einstellen, dass der Krieg nicht schnell enden wird. Die Kriegsflüchtlinge in Buch und anderswo brauchen weiterhin unsere Hilfe und Solidarität – bei der Beantragung von Leistungen, beim Schulbesuch oder bei der Arbeitssuche.

Elke Breitenbach  
Mitglied des  
Abgeordnetenhauses



## + + Kurz aus dem Kiez + + Kurz aus dem Kiez + + Kurz aus dem Kiez + +

### > Tausendfüßler

Wenn in anderen Bezirken gute Ideen erfolgreich laufen, werden wir in Pankow neugierig. In Steglitz-Zehlendorf hat das Pilotprojekt „Tausendfüßler“ die Schulwegsicherheit der jüngsten Schul-



kinder deutlich verbessert. Grundschüler\*innen treffen sich zu begleiteten „Laufbus“-Gruppen, um gemeinsam und sicher zur Schule zu gehen. SPD- und Linksfraktion haben deshalb das Bezirksamt aufgefordert, dieses Projekt auch in Pankow zu realisieren. Der Antrag wurde zur Beratung in den Schul- sowie in den Mobilitätsausschuss überwiesen.

### > Mobiles Familienservicebüro

Die Linksfraktion hat angeregt, das Familienservicebüro um mobile Sprech-

stunden zu erweitern. Dieses Büro ist die richtige Anlaufstelle für alle Fragen und Anträge rund um die Familie. Paul Schlüter, Vorsitzender des Kinder- und Jugendhilfeausschusses, erklärt dazu: „Ein mobiles Angebot kommt insbesondere den besonders vulnerablen bzw. unterstützungsbedürftigen Familien zugute, die aufgrund behinderter und/oder chronisch kranker Angehöriger nur eingeschränkt oder nicht dazu in der Lage sind, die standortgebundene Beratung in Anspruch zu nehmen.“

Der Antrag wurde in den Finanz- und in den Jugendhilfeausschuss überwiesen.

## Elisabeth-Aue: Behutsam bebauen

Die mögliche Bebauung der Elisabeth-Aue zwischen Französisch Buchholz und Rosenthal ist ein Dauerthema im Bezirk. In der letzten Legislatur wurden die Planungen hierzu zunächst auf Eis gelegt.

Das hinderte den früheren und neuen Senator für Stadtentwicklung von der SPD allerdings nicht, die Debatte so zu eröffnen, wie wir es leider kennen. Das Wohnungsbaupotential soll mit einer Zielzahl

entwickelt wurden, werden dabei ebenso ignoriert wie die zahlreichen Beschlüsse der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) in den letzten Wahlperioden.

So war es nicht verwunderlich, dass gleich zwei Anträge von insgesamt drei Fraktionen zu diesem Thema in die letzte BVV eingebracht wurden. Die Partei DIE LINKE und die Linksfraktion Pankow haben ihre Vorstellungen für einen zukunftsfähigen und bezahlbaren Wohnungsbau vor kurzem veröffentlicht. Die Linksfraktion hat diesen Forderungskatalog, der eine Festsetzung einer Wohnungsbauzielzahl ablehnt und auf eine sozialökologische Entwicklung setzt, nun auch in die BVV eingebracht. Wir wollen keine neue Schlafstadt, sondern einen lebenswerten Stadtteil.

Ein gemeinsamer Antrag von CDU und SPD geht tendenziell in die gleiche Richtung, ist aber allgemeiner und weniger verbindlich formuliert. Beide Drucksachen wurden nun zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Stadtentwicklung überwiesen.

Sandra Brunner  
Mitglied des  
Abgeordnetenhauses



Wendeschleife der Straßenbahn an der Elisabeth-Aue

Der neue rot-grün-rote Koalitionsvertrag sieht nunmehr die Elisabeth-Aue als Wohnbaustandort vor. Gleichwohl sind keine Wohnungsbauzielzahlen genannt.

von 5.000 zu bauenden Wohnungen voll ausgereizt werden. Die Ideen für eine behutsame Bebauung, wie sie von verschiedenen Parteien und Akteur\*innen vor Ort

## 10 Jahre Kampf um die Stille Straße

„Rentner besetzen ihre Begegnungsstätte und proben den Aufstand in der Stillen Straße in Berlin Pankow“. Diese Schlagzeile ging um die Welt. Am 29. Juni 2022 wird dies nun zehn Jahre her sein. Nach 112 Tagen und Nächten war die Besetzung der Seniorenbegegnungsstätte beendet, aber eine dauerhafte Perspektive gibt es bis heute nicht. Zwar hat die Volkssolidarität Berlin seit Oktober 2012 mit dem Bezirksamt Pankow eine Nutzungsvereinbarung abgeschlossen, die das Fortbestehen der Begegnungsstätte in der Stillen Straße 10 zunächst gesichert hat. Allerdings wurde die Vereinbarung immer nur für ein Jahr unterzeichnet. Die Besetzung ist zum Inbegriff des Rechts



älterer Menschen auf Kultur und Selbstbestimmung geworden. Brigitte und Peter Klotsche, Ingrid Pilz, Margret Pollak, Elli Pomeranke und die mittlerweile verstorbene Doris Syrbe gaben nicht auf und gründeten

mit vielen anderen den Förderverein Stille Straße 10 e.V.

Der Verein wird nunmehr am 2. Juli ein Buch über jene „Unbeugsamen Alten der Stille Straße 10“ veröffentlichen. Aufgeschrieben und dokumentiert von Rohnstock Biografien erzählen die ehemaligen Besetzer\*innen. Noch ist die Finanzierung des Buches nicht gesichert. Es kann aber ab sofort bestellt werden. Eine Spende ist ebenfalls sehr willkommen.

Die Senior\*innen  
der Stille Straße 10



> **Jahnstadion vor dem Abriss?**

Ende Februar überraschte uns die Meldung, das Jahnstadion solle – entgegen der bezirkliche Interessenlage – abgerissen werden. Dafür starte zeitnah ein Realisierungswettbewerb. Das verkündeten Senatssport- und Senatsstadtentwicklungsverwaltung.



Im rot-grün-roten Koalitionsvertrag ist verabredet, Stadion und Park gemeinsam zu einer inklusiven Sportstätte für alle zu machen. Damit das gelingt, müssen die Ergebnisse des Werkstattverfahrens, an dem viele Akteur\*innen und Anwohner\*innen beteiligt waren, in den bevorstehenden Realisierungswettbewerb einfließen. Das heißt: Ein Umbau des Stadions muss vor dessen Abriss geprüft werden. Das gilt auch für den Erhalt des markanten Tribünengebäudes, der Flutlichtmasten und des Stadionwalls. Und es braucht ein Verkehrskonzept, wenn bald noch mehr Sportveranstaltungen stattfinden sollen. Das fehlt bislang, genauso wie ein Konzept für den Klimaschutz.

Der Realisierungswettbewerb muss zudem den ganzen Jahnspark umfassen, und nicht nur das Stadion. Bisher ist für den Park nur ein – rechtlich nicht verbindlicher – Ideenteil vorgesehen. Schließlich muss ein inklusiver Sportpark in diesem Haushalt und nicht erst nach 2026 abgesichert werden. Dazu befinden wir uns in intensiven Gesprächen innerhalb der Koalition und den zuständigen Senatsverwaltungen für Sport und Stadtentwicklung.

Sandra Brunner  
Mitglied des Abgeordnetenhauses

> **Kalt und dunkel**

Energiearmut beginnt, wenn Menschen Angst davor haben müssen, zu Hause im Kalten oder Dunkeln zu sitzen. Betroffen sind vor allem Haushalte, die mindestens 40 Prozent ihres Nettogehalts für die Warmmiete ausgeben müssen. Davon sind angesichts galoppierender Energie-



preise immer mehr Menschen und vor allem Familien betroffen. Ein trauriger Ausdruck dieser Entwicklung ist die Statistik der Strom- und Gassperren in Berlin, die ich regelmäßig beim Senat erfrage. Sie sind im Jahr 2021 weiter gestiegen.

Vattenfall als Grundversorgerin für Strom im Stadtgebiet hat 12.550 Sperrungen durchgeführt. Alle Sperrungen erfolgten im Grundversorgungstarif. Nach Angaben der GASAG kam es 2021 bei 1.703 Haushalten zur Unterbrechung der Gasversorgung, davon 1.156 in der Grund- oder Ersatzversorgung.

Der Berliner Senat setzt sich auf bundespolitischer und europäischer Ebene für ein Verbot von Stromsperren und für die Übernahme von Zahlungsausfällen durch die Sozialleistungsträger ein. Außerdem fördert der Berliner Senat die Energieschuldenberatung der Verbraucherzentrale. 2021 wurden insgesamt 749 Beratungen durchgeführt, viele Sperrungen konnten so verhindert werden.

Jetzt ist die Bundesregierung gefordert: Die Regelsätze von Transferleistungen müssen umgehend an die Realitäten angepasst werden. Der Regelsatz sollte bei mindestens 500 Euro liegen.

Stefanie Fuchs  
Mitglied des Abgeordnetenhauses

> **Vergesellschaftung bleibt auf der Tagesordnung**

Die Berliner\*innen haben dem Senat am 26. September mit 59,1 Prozent Zustimmung zum Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ einen klaren Auftrag zur Vergesellschaftung privater Wohnungskonzerne mit mehr als 3.000



Wohnungen erteilt. Für uns als LINKE ist die Vergesellschaftung von Grund und Boden ein wichtiger Baustein bei der Lösung der Wohnungskrise. Es geht dabei um die Überführung von Privateigentum in öffentliche Hand. Mehr Mieter\*innen sollen langfristig sichere Wohnverhältnisse ohne Angst vor Verdrängung haben. Wir wollen Einfluss auf die Mietpreisentwicklung gewinnen, die Demokratisierung der Bewirtschaftung und umfassende Mieter\*innenmitbestimmung verankern.

Dafür muss ein wasserdichter Gesetzentwurf erarbeitet werden. Die eigentliche Herausforderung steht also noch bevor, denn Vergesellschaftung muss in der Umsetzung rechtssicher und finanziell leistbar sein. Der rot-grün-rote Senat hat deshalb nun eine Kommission eingesetzt, die ein Jahr lang Eckpunkte für ein Gesetz entwickeln soll. Darin arbeiten Expert\*innen, die von SPD, Grünen und Linken benannt wurden mit den Expert\*innen der Initiative gemeinsam. Wir als LINKE haben die Initiative als einzige Partei aktiv unterstützt und werden den Prozess weiterhin im Parlament, als Partei und als Linksfraktion vorantreiben.

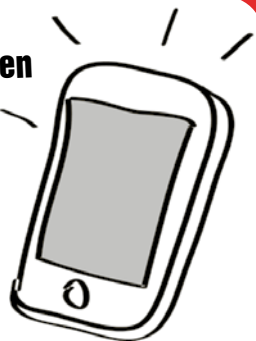
Katrin Seidel  
Mitglied des Abgeordnetenhauses

## EINSTEIGERKURS Smartphone für Senior\*innen

jeden 1. Montag im Monat ab 14 Uhr  
Geschäftsstelle Wisbyer Straße 37  
13189 Berlin

### Anmeldung erforderlich:

bis eine Woche vor Kurstermin  
mit E-Mailadresse oder Telefonnummer  
an t.pfaff@linksfraktion-pankow.de  
oder info@die-linke-pankow.de



## DIE LINKE.

Bezirksverband Pankow

### LINKE Spitze

Wisbyer Straße 37  
13189 Berlin  
(Tram M2, M13, 12 oder  
Bus 156, 158)

Telefon 030 4401 7780  
info@die-linke-pankow.de



★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★

**21. April • 19 Uhr Neumitgliederstammtisch in der „LINKE Spitze“,**  
Wisbyer Straße 37

**25. April • 17:30 Uhr Basistag**  
**DIE LINKE. Pankow**, Thema:  
Verschwörungserzählungen, Ort: bitte  
erfragen in der „LINKEN Spitze“

**27. April • 18:30 Uhr Treffen des**  
**Ortsvorstands Prenzlauer Berg Süd** in  
der „LINKE Spitze“, Wisbyer Straße 37

**28. April • 15 Uhr Vortrag/Diskussion**  
**„Wir werden immer mehr“ - bietet**  
**Omas gegen Rechts**, Helle Panke e.V.,  
Kopenhagener Straße 9 (Nähe S und U  
Schönhauser Allee)

**29. April • 15 Uhr Treffen des AK**  
**Kleingartenwesen**, Bildungsverein Am  
Kreuzpfuhl, Pistoriusstraße 24

**1. Mai • 13 Uhr 1. Mai Fest an der**  
**Bötzoweiche**, Bötzowstraße / Am  
Friedrichshain

**6. Mai • 16:30 Uhr AG Soziales,**  
**Senior\*innen und Gesundheit** – Wer  
mitmachen möchte, bitte melden bei  
maximilian.schirmer@linksfraktion-  
pankow.de

**7. Mai • 10 Uhr 2. Tagung der 8.**  
**Hauptversammlung DIE LINKE**  
**Pankow zur Vorbereitung des**  
**Bundesparteitages und zur Wahl**

**der Bundesparteitagsdelegierten,**  
zu Gast: Susanne Hennig-Wellsow,  
Parteivorsitzende, Theater im Delphi,  
Gustav-Adolf-Straße 2 an der Spitze

**8. Mai • Tag der Befreiung**

**19. Mai • 19 Uhr**  
**Neumitgliederstammtisch in der**  
**„LINKE Spitze“,** Wisbyer Straße 37

**23. Mai • 17:30 Uhr Basistag DIE**  
**LINKE. Pankow**, Ort: bitte erfragen in  
der „LINKEN Spitze“

Die Waffen nieder!



**SPRECHSTUNDE**

mit **Katrin Seidel**

**Di 3. Mai 2022, 12-13 Uhr**  
regelmässig am 1. Di im Monat  
Wahlkreisbüro Wisbyer Straße 37  
seidel@linksfraktion.berlin

## DIE LINKE.

**Linksfraktion in der**  
**BVV Pankow**

Bezirksamt  
Fröbelstr. 17, Haus 7, Raum 109  
Tel: 030 42 02 08 73  
Fax: 030 42 02 08 74  
kontakt@linksfraktion-pankow.de

## DIE LINKE.

# hilft!

**Sozial- und Mietenberatung**  
**im Wahlkreisbüro von Katrin Seidel**

kostenfreie Erstberatung  
mit Rechtsanwältin Kay Füblein

**immer Donnerstags 16-17.30 Uhr**  
**21. April, 5. und 19. Mai**

Wisbyer Straße 37 / Anmeldung:  
wahlkreisbuero@posteo.de

# Auf der Bremse

## Wenn die FDP auf sozialistische Gedanken kommt

Als die Große Koalition im Sommer 2015, wenn auch sehr halbherzig und dadurch wirkungsarm, bundesweit eine Mietpreisbremse beschloss, um angesichts rasant



steigender Wohnkosten das Zuhause von Millionen Menschen bezahlbar zu halten, rief das umgehend die Apologeten der reinen Marktlehre auf den Plan. Vornehmlich für die FDP sind bekanntlich staatliche Interventionen zugunsten der Bürgerinnen und Bürger ein Gräuel. Und so schmähte

die durch Christian Lindner personalifizierte Partei mit heftiger Kritik die Entscheidung. Die Mietenbremse sei ein „sozialistischer Irrweg“!

Mittlerweile sitzt die Partei der Besserverdienenden am Kabinetttisch der Bundesregierung und plötzlich sind staatliche Kostenbremsen überhaupt kein Tabu mehr. Wie Kai aus der Kiste zauberte der Finanzminister vor wenigen Wochen angesichts enorm gestiegener Benzin- und Dieselpreise eine Tankpreisbremse hervor, nannte sie dann aber etwas verschämt Tankrabatt. Seine Begründung klingt, nun ja, sehr sozialistisch: „Der Staat dürfe die Bürger und die Wirtschaft mit steigenden Preisen nicht alleinlassen.“

Was auf den ersten Blick wie eine Kehrtwende um 180 Grad aussieht, ist beim genaueren Hinschauen doch nur vor allem Klientelpolitik. Während zahllose Nichtmotorisierte – mit oft genug eher mäßigem Einkommen – bei derartiger Protektion leer ausgehen würden, könnten zum Beispiel Fahrerinnen und Fahrer von SUVs oder

### Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.  
Bezirksvorstand Berlin Pankow  
Fennstraße 2, 13347 Berlin  
Fon 44 01 77 80 / Fax 44 01 77 81  
www.die-linke-pankow.de  
redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Sebastian Koch  
Redaktionsschluß: 24. März 2022  
Satz+Druck: Druckerei Gottschalk, Berlin  
Auflage: 3.000

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 23. Mai 2022.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.

Fotos: Ben Gross, Olaf Krostitz, Ute Dähnel, Tamara Van hove, David Danys, Evi Lämmer, Timo Traulsen, Hartmut Seefeld, DIE LINKE, Berlin, Linksfraktion Berlin, Linksfraktion Pankow, Sandra Brunner

Die **extraDrei** braucht Spenden!  
Empfänger: DIE LINKE. LV Berlin  
IBAN: DE59 1007 0848 0525 6078 03  
BIC: DEUTDE33  
Bank: Berliner Bank  
Verwendungszweck: 505 - 810

Mehrwagenhaushalte sich über diesen Sonderbonus freuen. Es wäre, wieder einmal, eine Umverteilung von unten nach oben. Und auch wenn jetzt die Bundesregierung eine Mobilitätsprämie auch für Nichtautobesitzer auslobt, es bleibt dabei – wer den meisten Kraftstoff verbraucht, kann auch die meiste Kohle einsacken.

HaSe

★ leicht ★ **SUDOKU – Vitamine für's Gehirn** ★ schwer ★

					6	4	7	
5		8						
			3	1				
		1	9		4	3		8
8	3	4	1		7		6	
	9	7	8			5	1	4
	2			8				
	4		2	1	5		3	9
			7	6				1

6						3	4	
5							8	2
8						4	9	
	6		1					
7	3	5				2		
				5	8			7
	7	6						9
					7	1		8
2		9					7	1
								4

Jedes SUDOKU-Spielfeld besteht aus neun Quadraten, die jeweils in neun Felder eingeteilt sind. Insgesamt also 81 Kästchen, in die die Ziffern von eins bis neun einzutragen sind. In jeder Zeile und in jeder Spalte sowie in jedem Quadrat, einschließlich der vorgegebenen Zahlen, dürfen die Zahlen 1 bis 9 nur einmal vorkommen.